



# Berliner Kreis Aktuell

Mit Gastbeitrag von  
**DR. HANS-GEORG MAAßEN**

06/2021

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Unterstützer,

Mitte Mai feuerte die palästinensische Terror-Organisation Hamas tausende Raketen auf Städte in ganz Israel ab. Diese Angriffe galten einzig Zivilisten, Todesopfer wurden bewusst in Kauf genommen. Dieses Vorgehen ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu entschuldigen! Umso bestürzender ist es, dass diese terroristischen Raketenangriffe eine breite Solidarisierung in Deutschland erfahren haben. Dies äußerte sich in Parolen wie „Scheiß-Juden“ oder dem Verbrennen einer Israel-Flagge vor einer Moschee. Antisemitismus hat in Deutschland nichts verloren und wer das anders sieht, sollte gesetzlich zur Verantwortung gezogen werden. Dass der Antisemitismus weitestgehend aus der muslimischen Community kam, stimmt bedenklich. Immerhin werden seit Jahren teure Integrationsprogramme angeboten. Hier gilt es nun genau hinzusehen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit sich solche Ereignisse nicht mehr wiederholen oder sogar verstärken.

Die Union hat inzwischen ein Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl vorgestellt. Besonders positiv ist, dass Steuerentlastungen und Bürokratieabbau einen zentralen Platz einnehmen. Auch Ideologieprojekten wie Tempolimit oder Dieselfahrverboten wird eine Absage erteilt. Armin Laschet hat mit der Berufung von Friedrich Merz in sein Kompetenzteam die richtige Wahl getroffen und nun sollte noch Rückendeckung für Hans-Georg Maaßen folgen.

Neuigkeiten gibt es auch von den Grünen. Annalena Baerbock, entzaubert sich inzwischen selbst, und das trotz wohlgefälliger Medienunterstützung. Erinnerungen an den Hype um Martin Schulz werden wach. Wach werden auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die mehr und mehr sehen, was die Grünen für desaströse politische Pläne für unser Land haben. Das Zitat von Franz-Josef Strauß, die Grünen seien wie Melonen, außen grün und innen rot, bewahrheitet sich noch immer.

Die Impfungen gegen das Corona-Virus laufen, nach holperigem Start, jetzt deutlich besser. Mit dem Impffortschritt und den immer besser werdenden medizinischen Behandlungsmethoden gegen die

Covid-Erkrankung werden wir hoffentlich keinen Rückschlag mehr erleiden. Ich sehe nun wirklich keine Gründe mehr warum wir den Ausnahmezustand mit dem Infektionsschutzgesetz aufrechterhalten sollten. Gerade nach den entbehrungsreichen letzten anderthalb Jahren tun wir gut daran, das durch sehr niedrige Inzidenzwerte ermöglichte, kollektive Aufatmen zu genießen. Das Mitverfolgen der Fussball-Europameisterschaft im Biergarten ist wieder frei von Infektionsgefahr möglich. Nach einer schweren Zeit in der Pandemie, haben wir uns das alle verdient.

Wir freuen uns in dieser Ausgabe besonders, dass Hans-Georg Maaßen einen Gastbeitrag beisteuert. In diesem wendet er sich gegen die Unterschätzung der extremistischen Gefahren von links und fordert eine klare Kante gegen Extremisten jeder Couleur. Eine solch klare Abgrenzung gegen Radikalinskis würde man sich auch von den Grünen wünschen, die auch dieser Tage nicht müde werden, mit den Kommunisten zu kokettieren.

Mit besten Grüßen

*Sylvia Paul*

# INHALTSVERZEICHNIS

## S.3 Hans-Georg Maaßen

Die Partei „Die Linke“ ist Verfassungsfeind und nicht Gesprächspartner

## S.5 Hans-Jürgen Irmer, MdB

Irre Debatte: „Clan-Kriminalität“ ist rassistisch - Geldwäschegesetz verschärft

## S. 6 Hans-Jürgen Irmer, MdB

SPD-Papier enthüllt: SPD will mehr Asylanten nach Deutschland holen

## S. 7 Hans-Jürgen Irmer, MdB

Endlich die Dinge beim Namen nennen: Wir haben muslimischen Antisemitismus in Deutschland

## S. 10 Sylvia Pantel, MdB

DITIB darf keinen Einfluss auf unseren Schulunterricht bekommen

## S. 11 Sylvia Pantel, MdB

Christdemokratische Klimapolitik heißt: Schöpfung bewahren

## S. 12 Klaus-Peter Willsch, MdB

Erklärung zur Ablehnung der ESM-Reform

## S. 14 Klaus-Peter Willsch, MdB

Enormer Schritt zum Bürokratieabbau - Bundestag bringt Unternehmensdatenregister auf den Weg

## S.15 Pressemitteilungen des Berliner Kreises in der Union vom 08.06.2021

- Gratulation an Reiner Haseloff und die CDU Sachsen-Anhalt  
- Kinder sind Grundrechtsträger und Elternrechte bleiben geschützt - die gewünschte Grundrechtsänderung hätte nur Elternrechte eingeschränkt.

## S.17 Berliner Kreis in der Union

Positionspapier: Familie – Ein Grundpfeiler unserer Politik

# Die Partei „Die Linke“ ist Verfassungsfeind und nicht Gesprächspartner

Hans-Georg Maaßen

Die Partei „Die Linke“ ist keine normale Partei. Sie ist die SED, die sich immer wieder umbenannt hat, um den alten mörderischen Ruf loszuwerden, das Vermögen der SED zu behalten und um ihre Verantwortung für die SED-Diktatur, für Folter, Morde, Kindesentziehungen und für Millionen zerstörter Leben zu verschleiern. Sie ist nicht die Nachfolgepartei der SED, sie ist die SED.

Man könnte einwenden, sie habe sich geändert, sie sei eine andere als zu Zeiten der SED-Diktatur und sie sei inzwischen verbürgerlicht. Dies ist ein Bild, das diese Partei gerne über sich selbst verbreitet und das wohlmeinende Medien und Vertreter von anderen linken Parteien gerne weitergeben. Dieses Bild entspricht auch dem tiefempfundenen Wunsch von uns Bürgerlichen, das Kapitel „Sozialismus“ in unserer Geschichte endlich zu beenden, in dem sich die heutige SED zu unserer freiheitlichen Grundordnung bekennt. Unsere Wünsche dürfen allerdings nicht den Blick auf die Realitäten verstellen. Die heutige SED hat sich ideologisch nicht verändert. Ihr Ziel ist nach wie vor der Systemwechsel, nämlich die Ablösung der bürgerlichen Demokratie durch eine sozialistische Diktatur. Darüber wird in der Partei inzwischen ganz offen und auch ohne jegliche Zurückhaltung gesprochen. Anfang 2020 wurde ein Video von einer internen Strategiekonferenz der Partei bekannt, bei der eine Teilnehmerin ernsthaft forderte, Reiche müssten erschossen werden und der damalige Parteivorsitzende darauf Riexinger entgegnete, dass man deren Arbeitskraft ausnützen müsse. Wir sollten solche krassen Aussagen nicht überhören und nicht als dummes Gerede bagatellisieren, weil sie nicht zu unserem Wunschbild eines verbürgerlichten und domestizierten Sozialismus passen: es gibt viele in der Partei, die das ernst meinen. Diese Partei ist eine zutiefst extremistische und verfassungsfeindliche Partei. Sie hat sich nie

vom mörderischen SED-Regime distanziert, nie ihre Opfer entschädigt oder um Verzeihung gebeten.

Es ist ein tragisches Missverständnis des Bürgertums zu glauben, Sozialismus sei nur eine Art radikale Sozialdemokratie. Das ist er nicht. Sozialismus ist eine totalitäre Herrschaftsform, in der eine Nomenklatura von fanatischen Parteifunktionären, die sich für erleuchtet halten, den Menschen vorschreibt, wie sie zu leben und zu sterben haben. Und weil es in allen Staaten des Sozialismus Menschen gibt, die sich nicht von einer Kaste von politischen Fanatikern befehlen lassen wollen und wehren, ist Sozialismus ohne politische Gefangene, ohne Morde und Gehirnwäsche nicht denkbar. Die Themen sind für Sozialisten austauschbar und dienen lediglich der Mobilisierung der Massen und der Feindbekämpfung. Früher war es die „soziale Frage“, heute kann man mit diesem Thema nur noch ein paar alte Hunde hinter dem Ofen hervorlocken, deshalb muss man andere Themen nehmen, um vor allem die Jugend zu mobilisieren und zu fanatisieren. Die Sozialisten nehmen gerne unsere bürgerlichen Begriffe der freiheitlichen Demokratie, füllen sie mit neuem Inhalt und verändern den demokratischen Diskurs. Aus Demokratie wird demokratischer Sozialismus, aus Meinungsfreiheit wird die Freiheit, die richtige Meinung zu sagen, aus Partei wird die Partei neuen Typs nach Lenin, bei der die Parteiführung und nicht die Mitglieder entscheiden und Freiheit genießt derjenige, der sich richtig anpasst.

Es war ein unverzeihlicher Fehler, dass die SED nach der Wiedervereinigung nicht verboten wurde. Die Partei wurde seit den 1950er Jahren bis 2013 vom Verfassungsschutz beobachtet. Heute werden nur noch ihre offen extremistischen Teilorganisationen beobachtet. Dass sie seit 2013 nicht mehr als Ganzes beobachtet wurde, liegt nicht darin, dass sie nicht

mehr extremistisch ist. Der Grund war ein ganz anderer: Nach dem Bekanntwerden des sog. NSU-Debakel sollte sich der Verfassungsschutz schwerpunktmäßig mit gewaltorientiertem Extremismus beschäftigen, also Terroranschläge verhindern und extremistische Gewalttäter aufklären und keine Parteien beobachten, wie das im Übrigen auch die Inlandsgeheimdienste anderer westlicher Staaten machen. So kam es, dass unter Protest von Experten die Partei die Linke nicht mehr als Ganzes vom Verfassungsschutz beobachtet wurde, und zwar nicht deshalb, weil sie keine extremistische Partei ist, sondern weil man die Prioritäten anders setzte und sich auf den gewaltorientierten Extremismus und Terrorismus konzentrierte. Als Entgegenkommen gegenüber der Expertenebene beließ man es aber bei der Beobachtung von vier offenen extremistischen Strukturorganisationen der Partei, die ohne Scham eine Überwindung des Verfassungsstaates und die Schaffung einer sozialistischen Diktatur fordern. Dabei ist es bis heute geblieben. Nachdem inzwischen eine Beobachtung politischer Parteien, nämlich der AfD, durch den Verfassungsschutz politisch verlangt wird, hätte natürlich auch die Beobachtung der heutigen SED wieder aufgenommen werden müssen.

Die politische Linke weiß ziemlich genau einzuschätzen, dass die Bürgerlichen gerne von politischem Wunschenken sich leiten lassen und zu Kompromissen bereit sind, weil sie den Kompromiss als zentrales Instrument zur Lösung von Konflikten ansehen. Erich Honecker war in den 1980er Jahren der festen Überzeugung, dass sich der Sozialismus durchsetzen wird, weil der Westen nicht in der Lage sei, über längere Zeiträume an seinen Positionen festzuhalten, sondern er würde Schritt für Schritt dem Sozialismus entgegenkommen. Die DDR müsse nur hart bleiben und dem Westen Lip-

penbekenntnisse und Verhandlungen anbieten. Jeder Kompromiss führt nicht zum Ende einer Diskussion, sondern ist nur ein weiterer Schritt zur ideologischen Zielerreichung. Diese Position vertritt auch die heutige SED. Lippenbekenntnisse abgeben, aber keinen Millimeter von der sozialistischen Ideologie Abstand nehmen. Die Geschichte hat der politischen Linken immer wieder Recht gegeben, auch wenn die DDR letztlich an sich selbst und an Gorbatschows Politik gescheitert ist.

Es ist ein bewährtes Mittel der politischen Linken immer wieder Personen in den Vordergrund zu stellen, die durch ihr freundliches und joviales Auftreten um Vertrauen werben und den Eindruck vermitteln, als seien sie gar nicht so schlimm. Es geht um politische Anschlussfähigkeit. Bodo Ramelow ist so jemand. Er soll dafür sorgen, dass die politische Linke anschlussfähig ist und nicht direkt auf Gegenwehr der Bürgerlichen stößt. Er soll Vertrauen erwecken, während andere aus seiner Partei eher abstoßen. Aber das ist seine Rolle, die er oftmals ordentlich spielt, auch wenn es ihm schwerfällt. Manchmal bricht es aus ihm heraus und der nette freundliche Herr, der gerne wie ein Landesvater und Kümmerer auftritt, kann seine sozialistische Natur nicht verbergen. Ramelow wurde seit 1986 vom Verfassungsschutz beobachtet, weil er zu den westdeutschen Linksextremisten zählte, die unsere freiheitliche Grundordnung beseitigen wollten. Dass Ramelow seit 2013 nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet wird, liegt nicht daran, dass er sich erkennbar von der totalitären Ideologie des Sozialismus distanziert hätte, sondern daran, dass das Bundesverfassungsgericht im September 2013 entschied, dass der Verfassungsschutz als Exekutivbehörde Extremisten, die als Abgeordnete im Parlament sitzen, grundsätzlich nicht beobachten darf, weil darin ein Eingriff in das freie Mandat liege. Ich hätte gedacht, Extremisten im Parlament sind gefährlicher für die Demokratie als ein einfaches Mitglied einer extremistischen Bewegung. Das Bundesverfassungsgericht hatte es anders gesehen.

Dies ist das in Konturen gezeichnet der Partei, die seit Jahren Koalitionspartner

von SPD und Grünen ist, und die mit ihnen gemeinsam den Klassenkampf gegen alles und jeden führt, der aus ihrer Sicht „rechts“ – also bürgerlich – ist, und die nach dem Willen von SPD und Grünen auch im Bund am Koalitionstisch sitzen sollte. Die CDU hatte auf dem 31. Parteitag 2018 in Hamburg beschlossen: „Die CDU Deutschlands lehnt Koalitionen und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland ab.“ Über die Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit der AfD wird fast täglich gesprochen, wenn die politische Linke in Politik und Medien von CDU-Politikern ein klares „Bekenntnis“ zur Abgrenzung von der AfD verlangt. Über die Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit der heutigen SED wird dagegen nicht gesprochen und dieser Unvereinbarkeitsbeschluss wird immer wieder ignoriert. 2020 wurde Barbara Borchardt mit Stimmen von CDU-Abgeordneten zur Verfassungsrichterin von Mecklenburg-Vorpommern berufen. Frau Borchardt ist seit 1976 SED-Mitglied und zählt zu den Gründungsmitgliedern der besonders extremen Parteigruppierung „Antikapitalistische Linke“, die bis heute vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich beobachtet wird. In Thüringen regiert der jahrzehntelang vom Verfassungsschutz als Linksextremist beobachtete Herr Ramelow mit Hilfe eines „Stabilitätspakts“ mit der CDU. Der CDU-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein Daniel Günther vertritt in einem gemeinsamen Interview mit Herrn Ramelow die Auffassung, „die Zeit der Ausgrenzung ist vorbei“ und wirbt damit für eine Zusammenarbeit mit der SED.

Dass die CDU gerade im Osten Deutschlands so viel an Zustimmung verloren hat, liegt auch daran, dass man den Linksschwenk der CDU nicht versteht. Dort ist man im Herbst 1989 nicht deshalb auf die Straße gegangen, damit durch linke oder geschichtsvergessene Christdemokraten, die sich an die heutige SED herankuscheln, die SED wieder an die Macht kommt. Die CDU ist es den vielen Toten, Gefolterten und Millionen Opfern der sozialistischen Diktatur schuldig, dass sie nicht gemeinsame Sache mit der Partei der Mauerländer macht. Sie

ist es aber auch den heute Lebenden, unseren Kindern und Enkeln schuldig, weil wir alle nicht in einem sozialistischen Staat leben wollen und wir von der CDU erwarten, dass sie uns davor mit ganzer Kraft und Leidenschaft schützt. Dies ist ein Auftrag der CDU Deutschlands.



*Hans-Georg Maaßen ist ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsschutzes.*

*Er tritt bei der Bundestagswahl als Direktkandidat für die CDU im Wahlkreis Suhl – Schmalkalden – Meiningen – Hildburghausen – Sonneberg an.*

# Irre Debatte: „Clan-Kriminalität“ ist rassistisch

## Geldwäschegesetz verschärft

Hans-Jürgen Irmer

Der Deutsche Bundestag hat das Geldwäschegesetz verschärft. Aus meiner Sicht eine richtige Entscheidung. Schon vor wenigen Jahren hat der Bundestag die Beweislastumkehr beschlossen. Danach müssen Menschen, häufig genug in den klassischen Clans organisiert, nachweisen, wo sie in der Regel ihre Millionen Vermögen, Luxusvillen, Immobilien, Luxusautos und anderes mehr herhaben, wenn man gleichzeitig weiß, dass ein großer Prozentsatz derjenigen, die über diese Luxusgüter verfügen, kaum einer geregelten, geschweige denn hochbezahlten Arbeit nachgeht. Eine völlig richtige Entscheidung, denn die empfindlichste Stelle, an der man die Schwermkriminalen treffen kann, ist das Vermögen. Darum geht es ja in letzter Konsequenz immer.

So wurden beispielsweise 2018 in Berlin 77 Immobilien im Gesamtwert von 9 Millionen Euro beschlagnahmt. Die Tatverdächtigen kamen, wie so häufig, aus dem arabischstämmigen Bereich, wobei gerade in Berlin Araber und auch Türken durch unglaublich gewaltbereite Tschetschenen-Banden schwer unter Druck geraten. Es herrscht diesbezüglich in Berlin ein unerbittlicher Bandenkrieg.

Losgelöst davon hat jetzt der Bundestag das Geldwäschegesetz verschärft, denn es geht künftig beispielsweise nicht mehr um Vermögen aus Drogenhandel oder Schutzgelderpressung, sondern jede auch bereits verjährte Straftat reicht damit aus, so dass nachgewiesen werden muss, wo das Vermögen herkommt.

**Mafia-Jäger empfiehlt Geldwäsche in Deutschland: „Hier kann ich nicht abgehört werden“**

Es ist die Spitze eines Eisberges, wenn Razzien durchgeführt werden, erfreulicherweise in den letzten Jahren sehr intensiv in Nordrhein-Westfalen als einem Hotspot von Clan-Kriminalität. Dazu gehören auch Berlin und Bremen. Aber viel spielt sich im Verborgenen ab. Nach Aussage des SPD-Finanzministers geht man von rund 100 Milliarden Euro aus, die schmutzig sind und durch Investitionen reingewaschen werden. Von dem italienischen Staatsanwalt und Mafia-Jäger Scarpinato war hierzu ein bemerkenswertes Zitat zu vernehmen: Wenn er denn Mafiosi sei, würde er in Deutschland investieren, weil hier nicht abgehört werden könne. Damit legt er völlig zu Recht die Hand in die Wunde des Rechtsstaates, denn aus übertriebenem Datenschutz erhalten unsere Sicherheitsbehörden nicht die notwendigen Mittel, obwohl technisch vorhanden, die die Ermittler in die Lage versetzen würden, das Verabreden von Straftaten rechtzeitig zu unterbinden bzw. Straftäter zu überführen.

Verschärfungen wie Quellen-TKÜ, Wohnraumdurchsuchungen, Online-durchsuchungen... scheitern an unterschiedlichen politischen Konstellationen in der Regel an Grünen, SED/Linkspartei, in Teilen an der SPD oder auch an der FDP. Unter der Überschrift „Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“, die als unverhältnismäßig betrachtet werden, werden Kriminelle dadurch nicht nur indirekt, sondern direkt begünstigt, ihrem krimi-

nellen Tun weiter nachzugehen - zu Lasten des unbescholtenen rechtstreuen Bürgers.

**Rassismus?**

Welche Blüten diese Diskussionen teilweise in linken Kreisen treiben, kann man daran erkennen, dass zum Beispiel die SPD-Arbeitsgruppe Migration und Vielfalt fordert, den Begriff Clan-Kriminalität als Konzept des Racial Profiling zu streichen. Die linksextreme Innenpolitikerin der SED/Linkspartei, Ulla Jelpke, hält den Begriff der Clan-Kriminalität für „diskriminierend“. Damit würde nur die „rassistische Karte“ gespielt werden. So kann man auch Politik machen, die Augen vor der Realität verschließen.



*Hans-Jürgen Irmer, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Lahn-Dill.*

*Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat*

# SPD-Papier enthüllt: SPD will mehr Asylanten nach Deutschland holen

Hans-Jürgen Irmer

Es ist dem Nachrichtenmagazin „Fokus“ zu verdanken, dass darüber berichtet wurde, dass es ein Positionspapier der SPD-Bundesfraktion gibt, wonach das Aufenthaltsgesetz in Deutschland geändert und damit die Aufnahme von Migranten deutlich erleichtert werden soll. Geht es nach der SPD, sollen künftig die Bundesländer in Eigenregie Flüchtlinge/Asylanten/Migranten aufnehmen. Das geht derzeit laut Aufenthaltsgesetz nur dann, wenn der Bundesinnenminister, in dem Fall Horst Seehofer, die entsprechende Zustimmung gibt. Der aber lehnt es ab, dass die Länder in Eigenregie handeln.

Es reicht schon, dass rot-rot-grün-regierte Bundesländer wie Berlin, Bremen oder Thüringen de facto keine vollziehbar Ausreisepflichtigen abschieben, weil sie das als eine Art Menschenrechtsverletzung begreifen zu Lasten des deutschen Steuerzahlers, zu Lasten des Wohnungsmarktes. Und dann sollen genau diese oder auch andere Länder nach Vorstellung der SPD die Möglichkeit erhalten, in eigener Regie Asylanten aufzunehmen.

## Solidarität?

Nach Auffassung der SPD sei Solidarität „das Gebot der Stunde“. Deutschland müsse eine „Vorreiterrolle einnehmen“ und deutlich machen: „Wir stehen als offene Gesellschaft für die Aufnahme von Geflüchteten...“ Aus Sicht der SPD sei es unverständlich, „dass verfügbare und von den Geflüchteten dringend benötigte Plätze nicht vergeben werden können“. Ja, es gibt Menschen, die aus politischen

Gründen flüchten müssen, weil sie verfolgt werden, und zwar staatlicherseits. Das ist ein Asylgrund – und sonst relativ wenig. Wirtschaftliche Gründe für den größten Teil der Asylbewerber kann man menschlich absolut nachvollziehen, es ist aber kein Asylgrund. Wo will die SPD eigentlich die Grenze setzen? Wo ist die Grenze der Aufnahmefähigkeit?

Die Gleichen, die beispielsweise Wohnungsmangel, steigende Mieten, steigende Bodenpreise beklagen, das gilt für die SED/Linkspartei genauso wie für die Grünen oder auch die SPD, tragen durch ihre gezielte Politik der offenen Grenzen dazu bei, dass Menschen teilweise legal, teilweise illegal nach Deutschland kommen, die dann auch Wohnraum benötigen und Wohnraum für sich einfordern. Wenn in den letzten fünf Jahren rund drei Millionen Menschen aus unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland gekommen sind, der Staat aber etwa 1,5 Millionen gebaut bzw. genehmigt hat, dann wird spätestens an diesen zwei Zahlen deutlich, dass der Druck wächst. Auch deshalb, neben den ganzen finanziellen Aspekten, neben der Integrationsfähigkeit der Gesellschaft, der Kriminalitätsbelastung..., ist es notwendig, dafür Sorge zu tragen, dass weniger Menschen nach Deutschland kommen als mehr.

Man fragt sich, welche Interessen die einstige stolze klassische Arbeiterpartei SPD heute noch vertritt. Die des fleißigen Arbeiters in der Industrie und im Handwerk des Lahn-Dill-Kreises sicherlich nicht. Sie zahlen ihre Steuern, versuchen, mit dem Einkommen auszukommen, und es kommen zu viele Leute nach

Deutschland, die von diesen Steuern leben möchten. Manche möchten durch eigene Arbeit gerne etwas zurückgeben, leider gibt es aber viele, die sich damit arrangieren und damit Probleme für die Zukunft schaffen, wenn es um die Frage der Altersvorsorge beispielsweise geht.

Der Gipfel der SPD-Bundestagsfraktion ist, dass sie das Bundesland Berlin auffordert, gegen die versagte Zustimmung des Bundesinnenministers zum landeseigenen Aufnahmeprogramm Rechtsmittel einzulegen.

# Endlich die Dinge beim Namen nennen: Wir haben muslimischen Antisemitismus in Deutschland

Hans-Jürgen Irmer

Im Zuge der terroristischen Überfälle der Hamas auf Israel mit annähernd rund 4000 abgefeuerten Granaten und Raketen auf israelisches Staatsgebiet - zum Glück ist jetzt eine Waffenruhe vereinbart worden, wobei niemand weiß, wie lange sie dauert -, gab es in Deutschland eine Fülle von Demonstrationen linker, muslimischer und islamistischer Gruppen, palästinensischer, iranischer Gruppen und andere mehr. In Gelsenkirchen versammelten sich am 12. Mai rund 180 Demonstranten vor der Synagoge und riefen Parolen wie „Scheiß Juden“. Am 14. Mai waren rund 3500 in Berlin an einer anti-israelischen Demonstration beteiligt mit türkischen, libanesischen, palästinensischen Flaggen, Angriffen auf Polizeibeamte, von denen 93 verletzt wurden. Weitere Demonstrationen fanden in Köln, Bonn, Münster und Frankfurt statt. Sie alle einte das Ziel, ihren Hass auf Israel und die Juden auszuleben. Schon 2014 randalierten Tausende Muslime in Frankfurt mit dem Slogan „Hamas, Hamas, Juden ins Gas“. Ähnlich gewalttätig und völlig inakzeptabel die Auswüchse bei diesen Demonstrationen im Mai, angeführt im Übrigen nicht nur vom Iran, sondern auch vom türkischen Präsidenten Erdogan, der gerne die Vision eines Führers einer vereinten muslimischen Weltgemeinschaft propagiert. Und so wundert es nicht, dass die türkische staatliche Religionsbehörde Diyanet durch ihren Vorsitzenden zur Eroberung Jerusalems aufruft und verkündet, dass das nächste Ziel, nachdem die Hagia Sophia in Istanbul zu einer Moschee wieder umgewidmet wurde, der Tempelberg in Jerusalem sei.

## Das Versagen der Medien

Man stelle sich vor, liebe Leserinnen und Leser, wütende Demonstranten würden vor eine Moschee ziehen, um in einer deutschen Stadt in Sprechchören „Scheiß Moslems“ zu skandieren. Die Demonstration würde aufgelöst, natürlich zu Recht, die deutschen Leitmedien würden Sondersendungen über den angeblich latenten Rechtsextremismus in Deutschland ausstrahlen... Das Problem aktuell: Es waren Muslime, es waren Palästinenser, Türken, Araber, die nicht vor einer israelischen Botschaft standen, sondern vor einer Synagoge in Gelsenkirchen und dort „Scheiß Juden“ riefen. Was machen Teile der deutschen Medien daraus? Sie verniedlichen diesen unsäglichen Antisemitismus zu einem „anti-israelischen Demonstrationzug“. Auf tagesschau.de wird die Gewaltbereitschaft der Israel- und Judenhasser sogar komplett ins Gegenteil verkehrt mit der Bemerkung, dass die Situation sich verschärft habe, als einige Personen mit Israel-Flaggen erschienen. Mit anderen Worten, es waren nicht die hasserfüllten Feinde Israels, sondern diejenigen, die mit Israel-Flaggen gekommen sind.

Ein Reporter von Radio Berlin-Brandenburg (RBB) entblödete sich nicht, von „ganz toller Atmosphäre“ bei der antisemitischen Hass-Demonstration zu sprechen, wie die Bild-Zeitung berichtete. Die Sprüche „Free, free, Palestine“ wurden von ihm derart uminterpretiert, dass die Menschen für Frieden in Palästina eintreten würden. Offensichtlich war ihm

der Slogan „Free Palestine“ völlig unbekannt, denn der steht für die Auslöschung des jüdischen Staates. Es ist also kein Friedensslogan, sondern ein Aufruf zur Gewalt gegen Israel. Und dieser Reporter, entweder dümmlich oder völlig uninformiert, verstieg sich weiter zu der Bemerkung, dass das Ganze sich gegen die Kriegspolitik der Israelis und auch gegen den lang andauernden Siedlungskonflikt im Gazastreifen richtete. Es scheint seiner Beobachtungsgabe völlig entgangen zu sein, dass seit 2005 keine Juden mehr im Gazastreifen leben, denn sämtliche jüdische Ortschaften wurden von der israelischen Regierung dort geräumt.

Zwar berichtete beispielsweise die Tagesschau über die Demonstrationen, doch sie interpretierte diese – sehr freundlich – als Demonstration gegen die Eskalation im Nahen Osten. So kann man Fakten verändern, indem man welche weglässt, denn diese Demonstranten haben nicht gegen die Eskalation demonstriert, sondern ausschließlich gegen Israels Reaktion auf den Raketenbeschuss durch die radikal islamische Hamas. Kein Wort von den Slogans der Antisemiten mit Sprüchen wie „Tel Aviv bombardieren“ oder „Intifada bis zum Sieg“, also bis zur Auslöschung des jüdischen Staates.

## Antisemitismus wird bagatellisiert

Geht es nach den Vorstellungen der Gutmenschen und derjenigen, die für offene Grenzen eintreten, wie SED/Linkspartei oder aktuell Grüne, dann stellen die Zugewanderten in der Regel eine Bereicherung für das gesellschaftliche Leben dar.

Dann würde es natürlich stören, wenn man erkennen oder zugeben müsste, dass wir mit der Zuwanderung auch sehr stark muslimischen Antisemitismus nach Deutschland geholt haben. Die österreichische EU-Ministerin Karoline Edtstadler sprach vor wenigen Tagen völlig zu Recht in der Zeitung „Die Welt“ davon, dass sie sich große Sorge mache, das gilt auch für Österreich, um den importierten Antisemitismus. Und die Islam-Expertin Prof. Susanne Schröter (Frankfurt) hat der Politik und auch den Kirchen vorgeworfen, den erstarkenden muslimischen Antisemitismus in Deutschland bewusst auszublenden, da das Thema offensichtlich zu heiß sei.

Es war der Chefredakteur der „Welt am Sonntag“, der darauf hinwies, dass linke Politiker und Medien (!) das Problem des migrantisch geprägten Judenhasses relativieren würden. So würden, wie häufig bei anderen Beispielen auch, diese palästinensischen Terroristen und Fanatiker vielfach als „Aktivisten“ bezeichnet, wie auf Spiegel Online oder auch auf n.tv. Und es ist nicht nur der „Welt“ oder der „Welt am Sonntag“, sondern auch der Bild-Zeitung zu verdanken, dass im Gegensatz zu den Rundfunkanstalten Tacheles gesprochen und berichtet wurde, welch ein Hass auf Juden und den Staat Israel vorhanden ist, der sich dann auch in ungezügelter Attacken auf deutsche Polizisten zeigte.

### Statistik „getürkt“

Schaut man sich die vom Bundeskriminalamt jährlich veröffentlichte Statistik „Politisch motivierte Kriminalität“ an, werden über 90 Prozent der antisemitischen Straftaten rechtsextremistischen Kreisen zugeordnet. Eine merkwürdige Erfassung von Straftaten, die politisch gewollt ist. Wenn es klare Straftaten gibt, die dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind, sind sie als solche zu benennen. Das Gleiche gilt für den Linksextremismus und für den Islamismus. Aber nicht

identifizierte Fälle automatisch der Kategorie Rechtsextremismus zuzuordnen, ist zurückhaltend formuliert höchst problematisch. Es widerspricht im Übrigen auch der Lebenserfahrung von Juden in Deutschland. Im Jahr 2018 gaben 41 Prozent der deutschen Juden in einer Umfrage der Europäischen Union an, dass die Täter bei antisemitischen Angriffen Muslime seien, Rechtsextreme 20 Prozent, Linksextreme 16 Prozent. Das dürfte an der Lebenswirklichkeit deutlich näherliegen.

### Was ist zu tun?

Natürlich kommen jetzt durchaus parteiübergreifend wohlfeile Forderungen, dass man Antisemitismus nicht dulden dürfe, Integration verstärken, mehr Mittel aufbringen müsse und in letzter Konsequenz Judenhasser auszuweisen habe. CDU-Fraktionschef Ralph Brinkhaus erklärte, dass derjenige, der sein Gastrecht hier missbrauche, keinen Anspruch auf einen Aufenthaltstitel habe. Die grüne Spitzenkandidatin relativierte schon wieder, indem sie darauf hinwies, dass die Debatte nicht zur gesellschaftlichen Spaltung missbraucht werden dürfe. Niemand will das. Aber die Fakten benennen ist die zwingende Voraussetzung zur Lösung eines Problems. Und zu den Fakten gehört es, dass viele arabischstämmige und muslimische Kinder und Jugendliche mit der Muttermilch ebenso auf Judenhass getrimmt werden wie Schulbücher in den palästinensischen Gebieten, finanziert im Übrigen teilweise von der Europäischen Union, zur Vernichtung von Juden auffordern. Arabische Fernsehsender fordern unverhüllt die Auslöschung Israels.

Glaubt denn allen Ernstes jemand, dass mit ein paar Integrationsstunden dieser tief verwurzelte Hass auf Israel und die Juden beseitigt werden kann? Hier kann es grundsätzlich nur eine Sprache geben. Wer das Existenzrecht Israels in Deutsch-

land nicht anerkennt bei unserer Geschichte mit der Vernichtung von 6 Millionen Juden in deutschen Konzentrationslagern, der kann kein integrales Mitglied dieser Gesellschaft sein. Er kann seinen Judenhass in seinem Heimatland ausleben, aber nicht in Deutschland mit den in der Regel großen sozialen Segnungen. Wer eine solche Grundeinstellung hat, kann niemals deutscher Staatsbürger sein. Wer eine solche Grundeinstellung hat, muss konsequent abgeschoben werden, und gerade hier sind SPD und Grüne, von der SED/Linkspartei ganz zu schweigen, besonders gefordert, ihre prinzipiellen Abschiebewiderstände endlich aufzugeben.

### Die Widersprüche der SPD

Außenminister Heiko Maas kritisiert zu Recht den Raketenterror der Hamas und spricht sich unmissverständlich für die Existenz Israels aus. Der gleiche deutsche Außenminister hat in den letzten Jahren mehr als einem Dutzend Resolutionen in der UNO zugestimmt (!), die sich gegen Israel wandten und teilweise von erklärten Israelfeinden als Staaten eingebracht wurden. Das passt nicht zusammen. SPD-Vorsitzender Walter-Borjans beschwört ebenfalls das Existenzrecht Israels und weist gleichzeitig darauf hin, dass man Waffenlieferungen an Israel aber bitte schön unter deutschen Vorbehalt - sprich Mitwirkungsvorbehalt - stellen müsse. Im Übrigen ist darauf zu verweisen, dass Annalena Baerbock von den Grünen vor drei Jahren noch dafür plädierte, keine Waffen an Israel zu exportieren. Eine klare Linie sieht anders aus, und von den Israelis á la SPD vor einem Einsatz der Waffen zu verlangen, dass man das Ganze vorher mit Deutschland abzusprechen habe, ist ein Zeichen von Hybris, von unglaublicher Arroganz, um nicht zu sagen Unverschämtheit.

Ein SPD-Vorsitzender sollte wissen, dass Deutschland nun wirklich der letzte Staat



ist, der das Recht hätte, Israel Vorschriften zu machen. Israel, so ein Kommentator in der „Welt“, sei von der Hamas, dem Iran, Syrien und dem Libanon und anderen Staaten umzingelt, die ein einziges Ziel verfolgen, Israel nach Möglichkeit auszulöschen. Genau deswegen (!) liefere Deutschland Waffen an Israel. Es gehe dabei um die schiere Existenz Israels.

# DITIB darf keinen Einfluss auf unseren Schulunterricht bekommen

Sylvia Pantel

In den vergangenen Wochen mussten wir Bilder sehen, die gerade für Deutschland mehr als bedrückend sind. Unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechts ließen antisemitische Gruppen ihrem Hass auf Juden und Israel vielfach freien Lauf. In Gelsenkirchen gab es „Schieß Juden“-Sprechchöre. Und anschließend musste der Sturm auf die Synagoge von der Polizei verhindert werden. In Düsseldorf und anderen Städten wurden israelische Flaggen angezündet. In Hagen ließ die Stadt die israelische Flagge vor dem Rathaus gar abnehmen, weil dem Kontaktbeamten der Polizei berichtet wurde, dass diese in einigen muslimischen Gemeinden für Unmut und Unruhe gesorgt hatte. Was hat sich da in Deutschland unterhalb unseres Radars entwickelt? Und wieso haben unsere vielgepriesenen und teuren Präventionsprogramme nicht gewirkt?

Es mag sein, dass wir auch neu importierten Antisemitismus haben, aber das alleine kann diese Heftigkeit und Zügellosigkeit nicht erklären. Wir haben ein sehr großzügiges Demonstrationsrecht. Aber das hört bei Hass und Hetze gegen Juden oder dem Verbrennen der israelischen Fahne – was mit bis zu zwei Jahren Haft strafbar ist – ganz klar auf. Kritik oder Demonstrationen gegen israelische Politik in einer zivilisierten Form sind erlaubt, aber solche Formen von Judenhass dürfen wir nicht dulden.

Hintergrund, vielleicht auch Vorwand, waren die terroristischen Angriffe auf Israel. Rund viertausend Raketen wurden von der palästinensischen Terror-Organisation Hamas auf israelische Städte ab-

gefeuert. Nur das israelische Raketenabwehrsystem „Iron Dome“ verhinderte Schlimmeres, indem es die meisten Raketen bereits in der Luft abfangte und zerstörte. Das israelische Militär konterte den Angriff mit präzisen Angriffen auf militärische Stützpunkte der Hamas und zeigte damit auch, dass die Zivilbevölkerung selbst unter hoher militärischer Belastung geschont werden kann. Hier kann ich unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel nur zustimmen, die klarstellt: „Deshalb ist es richtig, dass sich Israel zur Wehr setzt und sich massiv zur Wehr setzt.“

Der Deutsche Bundestag hat die terroristischen Angriffe der Hamas auf Israel zu Recht scharf verurteilt. Aber wir müssen uns jetzt auch dem Problem des schon lange bei uns angekommenen islamistischen Antisemitismus annähern. Lippenbekenntnisse reichen hier nicht mehr aus, denn die Angst in den jüdischen Gemeinden ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Dass Juden Deutschland verlassen (müssen), wie etwa in Frankreich, dürfen wir nicht zulassen.

Hier wird der Rechtsstaat hart durchgreifen müssen. Auch Abschiebungen aus Deutschland wegen solcher Taten, wie sie schon vor Jahren vom Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf gefordert wurden, müssen diskutiert werden. Noch besser wäre es, sie auch umzusetzen.

Und besonders empörend finde ich, wenn ausgerechnet in dem Moment, in dem jüdische Gemeinden immer mehr Angst vor islamischem Judenhass haben müssen, die nordrhein-westfälische Lan-

desregierung verkündet, die DITIB wieder an der Konzeption des islamischen Religionsunterrichts beteiligen zu wollen. Begründet wurde das vom Schulministerium damit, die DITIB hätte ihre Satzungen geändert und sich damit vom türkischen Staat gelöst. Erstens ist das gar nicht überprüfbar, da die DITIB weder ihre Satzungen noch deren Änderung öffentlich macht. Und zweitens wäre dies bei einem Verband, der in den letzten zehn Jahren immer wieder durch Skandale und Nähe zu Islamisten aufgefallen ist, auch unerheblich. Erst 2019 mussten wir lesen, dass die DITIB nicht einmal vor Kontakten mit der Muslimbruderschaft zurückschreckt. Ein solcher Skandal-Verband, der, auch wenn er nicht vom Verfassungsschutz beobachtet wird, doch ganz klar dem Politischen Islam zuzuordnen ist, darf keinen Einfluss auf unseren Schulunterricht bekommen!



*Sylvia Pantel ist seit 2013 direkt gewählte CDU-Abgeordnete aus Düsseldorf.*

*Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

# Christdemokratische Klimapolitik heißt: Schöpfung bewahren

Sylvia Pantel

Kaum ein Thema schaffte es in den letzten Jahren so regelmäßig in die Schlagzeilen wie das Thema Klimaschutz. Vielfach wurden dabei CDU und CSU beschuldigt, sich um diese Problematik gar nicht zu kümmern. Doch das ist falsch. Schließlich war es die Union, die unter Helmut Kohl Anfang der 1980er das Umweltministerium gründete. Es waren die Umweltminister der CDU, Walter Wallmann und Klaus Töpfer, die als erste der Verschmutzung der Flüsse und dem Waldsterben beherzt entgegengetreten sind. Zu einer Zeit übrigens, in der der politische Beitrag der Grünen noch aus Steineschmeißen und Blockaden bestand.

Die Umweltzerstörung jener Zeit war das Ergebnis linker, sozialistischer Politik, wohingegen die christliche Fundierung der Union sich stets auf die Bewahrung der Schöpfung bezieht. Leider ist es uns nicht immer gelungen, unsere eigenen Erfolge in der Klimapolitik deutlich zu machen.

Positiv hervorheben will ich hier Maßnahmen, die Anreize schaffen, anstatt zu verbieten und die die Freiheit der Bürger vergrößert statt sie einzuschränken. Mit dem „Masterplan Schiene“ beispielsweise hat die Bundesregierung die Grundlage für die Modernisierung und Erweiterung der deutschen Schieneninfrastruktur gelegt. Es entlastet nicht nur den Emissionshaushalt, sondern auch die Straßen, wenn in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen Auto fahren, der Schienenverkehr attraktiver wird. Passend dazu wurden die Planungsverfahren im „Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich“ verschlankt.

Viele, zumeist linke Forderungen dagegen, zeichnen sich lediglich durch ihre Radikalität und die Anwendung sozialistischer Politikinstrumente aus – lösen dabei aber keine Probleme. Die CDU aber will Probleme lösen und versucht, die Mitte zu finden: das Thema Klimaschutz (als Teil des viel größeren Umweltschutzes) angemessen berücksichtigen, aber andererseits auch nicht in blinden Aktionismus verfallen, der Umwelt und Klima wenig hilft, dafür aber das Leben der Menschen erschwert und an den Grundfesten der Sozialen Marktwirtschaft rüttelt. Dabei hat die Union zweifellos viel Positives geleistet und viel für Klima- und Umweltschutz getan.

Umwelt- und Naturschutz sowie Bewahrung der Artenvielfalt sind die Voraussetzungen von Klimaschutz, kommen in der Debatte aber viel zu kurz. Stattdessen wird viel über Maßnahmen wie beispielsweise den Ausbau der Windkraft oder die Förderung von E-Autos gesprochen, bei denen nicht abschließend geklärt ist, wie effektiv diese Maßnahmen sind. Wirklich sinnvoll und effektiv dagegen ist die Wiederaufforstung, vor allem von Mischwäldern, die jetzt von Bund und Ländern bis 2023 mit 1,5 Milliarden Euro gefördert wird. Wiederaufforstung ist mit die effizienteste Umweltschutzmaßnahme, schließlich hat nichts so guten Einfluss auf das Klima und hilft beim CO<sub>2</sub>-Abbau wie Wälder (man denke nur an den Regenwald, die „grüne Lunge der Welt“). Daher wird in diesem Bereich hoffentlich

auch in der nächsten Legislaturperiode kräftig investiert.

Ein weiterer wichtiger Faktor zur Begegnung der Herausforderungen im Bereich Umweltpolitik ist eine intakte Forschungslandschaft. In dieser Legislaturperiode wurden insgesamt über 12 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um die Forschung durch verschiedene Initiativen zu unterstützen.

Wie man sieht, ist der Vorwurf, die Union sei „klimafeindlich“, schlicht Unfug. Die CDU und CSU haben in diesem Bereich viel getan, doch leider ist vieles, was linke Parteien in der Klimapolitik durchsetzen konnten, dirigistisch. Doch wohlstandsvernichtender Klimaschutz hilft niemandem. Die nächste Regierung, wie immer sie auch aussieht, sollte berücksichtigen, dass der effizienteste Klimaschutz über eine gute Umwelt- und Naturschutzpolitik geht, die Innovation fördert, statt die Wirtschaft zu gängeln und an den Rande ihrer Funktionsfähigkeit zu bringen. Diese Position des Berliner Kreises, findet sich in unserem aktualisierten Positionspapier Klimapolitik (<http://berliner-kreis.info/klima-und-energiepolitik>).

# Erklärung zur Ablehnung der ESM-Reform

Klaus-Peter Willsch

Im Juni 2012 machte der Deutsche Bundestag den Weg für die Schaffung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) frei. Trotz erheblichen Drucks vonseiten der damaligen Fraktionsführung folgte ich gemeinsam mit einigen wenigen Kollegen aus Union und FDP meinem Gewissen und verweigerte dem entsprechenden Gesetz meine Zustimmung. Als Revanche für mein lange vorher angekündigtes und ausführlich begründetes Abstimmungsverhalten, verlor ich auf Betreiben der Bundeskanzlerin und der ihr ergebenen Fraktionsführung nach der Bundestagswahl 2013 meinen Sitz im Haushaltsausschuss. Seitdem tue ich als einfaches Mitglied im Wirtschaftsausschuss meinen Dienst. Für alle diejenigen, die mich schon länger kennen, ist dies nichts Neues. Für alle anderen soll dies vorab der Einordnung dienen.

Die Entscheidung für den ESM ist eine Richtungsentscheidung, eine Entscheidung, ob Europa zentral oder dezentral organisiert wird, wo die politischen Kompetenzen liegen und auf welcher Ebene der Kern der europäischen Staatlichkeit liegt. Alle diese Fragen beantwortet unser Grundgesetz schon recht abschließend. Dennoch wurde mit dem Votum für den ESM im Jahre 2012 gerade solch eine Überführung von Staatlichkeit an eine höhere Ebene beschlossen, es entstand ein mit der Europäischen Union nicht deckungsgleicher neuer Euro-Staat. Die Entscheidung für den ESM berührt einen der zentralen Aspekte von Staatlichkeit in unserem parlamentarischen System: das Budgetrecht des Bundestages. Das Budgetrecht wird auch Königsrecht genannt, weil ein Parlament ohne eine Letztentscheidungshoheit über Haushaltsmittel machtlos, also sei-

ner Aufgabe beraubt ist. Eine Demokratie ist nicht denkbar ohne ein Parlament mit absoluter Budgethoheit. Auf diese volle Budgethoheit verzichtete der Deutsche Bundestag mit seiner Entscheidung für den ESM im Juni 2012. Dabei sieht das Bundesverfassungsgericht in seiner auch damals schon gültigen Rechtsprechung eine Missachtung des Bestimmungsgehalts des in Art. 38 GG normierten Demokratieprinzips, wenn das parlamentarische Budgetrecht ausgehebelt wird.

Indes führt der ESM aus sowohl rechtlichen wie ökonomischen Gründen zu unabwehrbaren und unbegrenzten finanziellen Verpflichtungen Deutschlands. Dadurch saugt er das Budgetrecht des Bundestages aus und hinterlässt nicht mehr als dessen leere Hülle: Rechtliche Grenzen sind dem Zugriff des ESM auf den Bundeshaushalt nicht gesetzt. Der ESM verfügt über ein Stammkapital von 705 Mrd. Euro. Davon mussten die Mitglieder 81 Mrd. Euro direkt einzahlen. Weitere 624 Mrd. Euro kann der ESM bei Bedarf bei den Mitgliedern abrufen. Jedes Mitglied haftet für Verluste bis zur Höhe seines Anteils am Stammkapital. Für Deutschland sind das 190 Mrd. Euro. Doch die haushaltsrechtliche Beschränkung auf ursprünglich bewilligten deutschen Finanzierungsanteil von 190 Mrd. Euro wirkt nicht. Nach dem Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus sind alle Entscheidungen seiner Gremien völkerrechtlich verbindlich, bis auf die Erhöhung des genehmigten Kapitals nach Art. 10 Absatz 1 ESMV. Sie wird erst wirksam mit einer bundesgesetzlichen Ermächtigung zur Bereitstellung neuer Mittel für den ESM. Doch diese einzige Vorkehrung gegen eine ungewollte völkerrechtlich begründete Zahlungspflicht reicht nicht aus, wenn Deutschland auch

auf andere Art und Weise zur Zahlung verpflichtet werden kann. Dies ist erstens der Fall beim Abruf genehmigten Kapitals zu einem höheren Ausgabepreis als zum Nennwert. Deutschland ist verpflichtet, jedem Abruf des genehmigten Kapitals nachzukommen, selbst wenn dieses mit einem Aufgeld auf den Nennwert, also zu einem höheren Ausgabepreis erfolgt. Dadurch entsteht eine völkerrechtlich wirksame Zahlungspflicht, die Deutschland erfüllen muss, selbst wenn ihre Höhe die haushaltsrechtliche Vorsorge von 190 Mrd. Euro übersteigt. Dies ist zweitens der Fall, wenn ein erhöhter Kapitalabruf zur Verlustdeckung erfolgt, mit dem die Nichterfüllung der Zahlungspflicht eines anderen ESM-Mitglieds ausgeglichen wird. Deutschland hat in diesen Fällen kein oder jedenfalls kein abschließendes Vetorecht, da einerseits Streitigkeiten über den Bestand von Zahlungspflichten in letzter Instanz vom EuGH entschieden werden und andererseits mit dem bestimmungsgemäßen Eintritt weiterer Staaten zur Eurozone der deutsche Kapitalanteil am ESM absinken wird, wodurch sich die Sperrminorität in Luft auflöst. Ökonomisch bringt der ESM die Haftungsunion.

Hinter dieser meiner Einschätzung aus dem Jahr 2012 stehe ich bis heute. Längst sind zum ESM neue Formen der vergemeinschafteten Haftung innerhalb Europas hinzugekommen, sei es durch das neue europäische Kurzarbeitergeld SURE oder durch das 750 Mrd. Euro schwere Transferprogramm Next-Generation-EU. Trotz dieser bereits jetzt toxischen Mischung aus alten und neueren Haftungsverbindlichkeiten, hat der Deutsche Bundestag heute mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 27. Januar

2021 und vom 8. Februar 2021 zur Änderung des Vertrags vom 2. Februar 2012 zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESMVertragsG) und dem Zweiten Gesetz zur Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes (ESM-FinanzierungsG) den Weg für eine Reform des ESM freigemacht. Und wie 2012 habe ich konsequenterweise dagegen gestimmt.

Jetzt mögen einige sicher einwenden, diese Reform sei ein Erfolg, da ja die Entstehung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) zumindest vorerst abgewehrt wurde. Doch muss man etwa auch schlechte Lösungen beklatschen, nur weil durch sie die schlechteste Alternative abgewendet wurde? Ich glaube nicht. Auch so hat es die angestrebte Änderung in sich. Entsprechend vernichtend fiel darum auch ein diesbezügliches Gutachten des Bundesrechnungshofes aus.

Die Reform sieht zwei wesentliche Neuerungen vor, die Weiterentwicklung der vorsorglichen Finanzhilfe und die Einführung einer Letztsicherung für den europäischen Bankenabwicklungsfonds (SRF).

Einerseits soll das Instrument der vorsorglichen Finanzhilfe weiterentwickelt werden. Mitgliedstaaten mit grundsätzlich „gesunden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen“ sollen, z. B. im Falle eines exogenen Schocks, künftig einfacher auf die vorsorglich bedingte Kreditlinie zugreifen können. Hierzu soll bei diesem Instrument auf die bislang vorgesehene Vereinbarung eines Memorandum of Understanding verzichtet werden. Im Gegenzug sollen einige Zugangskriterien präzisiert werden. Dass fiskalisch und wirtschaftlich solide Mitgliedstaaten selbst im Falle eines solchen exogenen Schocks vorsorglicher Finanzhilfen bedürfen, erscheint höchst abwegig. Viel eher besteht die Gefahr, dass die Zu-

gangskriterien hier insgesamt aufgeweicht werden. Dies könnte für Mitgliedstaaten mit einem strukturellen Defizit und einer unsoliden Haushaltsführung die Möglichkeit eröffnen, auf dieses Instrument zuzugreifen. So würde sich diesen Krisenstaaten ein deutlich leichter Weg gegenüber dem vollständigen Programm eröffnen, da der Druck zur Umsetzung struktureller Reformmaßnahmen grundsätzlich entfielen.

Ferner soll der ESM die Letztsicherung für den gemeinsamen europäischen Bankenabwicklungsfonds (SRF) übernehmen. Dadurch wird allerdings die Haftung für Risiken im europäischen Bankensektor auf Ebene der öffentlichen Mittel vergemeinschaftet, was zweifelsohne Fehlanreize Vorschub leistet und die finanziellen Ressourcen des ESM überstrapazieren könnte. Der ESM liefe dann Gefahr zu einem Bankenrettungsmechanismus zu verkommen. Monte Dei Paschi di Siena und Co aus Italien lassen das Schlimmste befürchten. Zwar soll das ESM-Direktorium über den Einsatz dieser Letztsicherung im Einzelfall entscheiden, wobei jeweils auch die einzelnen nationalen verfassungsrechtlichen Anforderungen der Mitgliedstaaten zu wahren sind. Allerdings beträgt die Entscheidungsfrist für das ESM-Direktorium in der Regel nur zwölf Stunden, wodurch die in Deutschland vorgesehene parlamentarische Befassung zwangsläufig zum nachträglichen Formakt degradiert wird.

Diese Änderungen bergen das Risiko, dass die Ressourcen des ESM stärker beansprucht werden und das Volumen der möglichen Ausfälle dramatisch zunimmt. Vor diesem Hintergrund ist darum ein höheres Verlustrisiko beim ESM zu befürchten, wodurch eine Erhöhung des Stammkapitals notwendig werden könnte. Dies würde eine Ausweitung der Haftung Deutschlands über die vereinbarten 190 Mrd. Euro hinaus bedeuten. Zwar wäre

dafür prinzipiell die Zustimmung aller Mitgliedstaaten erforderlich. Deutschland könnte sich dem jedoch unter Umständen nicht entziehen, z. B. wenn die neue Aufgabe des ESM als Letztsicherung finanziell glaubwürdig zu unterlegen ist.

Zusätzliche Belastungen für den Bundeshaushalt wären die Folge. Insgesamt ergeben sich aus der anstehenden ESM-Reform daher erhebliche neue Risiken für den Bundeshaushalt. Darum bedeutet die Reform durch den ESM nur eines: mehr Haftungsrisiken für den deutschen Steuerzahler und weniger Kontrollmöglichkeiten für unser Parlament.



*Klaus-Peter Willsch, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Rheingau-Taunus-Limburg.*

*Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie*

# Enormer Schritt zum Bürokratieabbau - Bundestag bringt Unternehmensdatenregister auf den Weg

Klaus-Peter Willsch

Der Bundestag beschloss am Donnerstag kurz vor Mitternacht das Unternehmensdatenregister-Gesetz. Das Gesetz sieht vor, beim Statistischen Bundesamt ein Register über Unternehmensbasisdaten zu errichten und zu betreiben. Zur eindeutigen Identifikation wird dabei jedem Betrieb eine bundeseinheitliche Wirtschaftsnummer zugeordnet. Der für das Vorhaben zuständige Berichterstatter in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Klaus-Peter Willsch erklärt:

„Das Unternehmensdatenregistergesetz ist das Ergebnis mehrjähriger Mühen und überaus zu begrüßen. Zur Einordnung: Wir haben in Deutschland circa 120 einzelne Register mit Unternehmensbezug. Diese sind größtenteils zweckgebunden und weitgehend unabhängig voneinander. Natürlich überschneiden sich oft Datensätze. Das bedeutet: Immer und immer wieder müssen Unternehmen die gleichen Zahlen an- und eingeben. Es gibt keinen Austausch zwischen den Registern. Das wollen wir nun ändern. Im 21. Jahrhundert sollte der Staat die Bürger und Unternehmen nicht länger als Boten benutzen.

Bereits im vor drei Jahren geschlossenen Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD darauf verständigt eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Abbau von Statistikpflichten einzusetzen. Schnell stellte sich heraus, dass es zwar viele Statistikpflichten gibt, diese aber nur einen marginalen Anteil am gesamten Bürokratieaufwand darstellen. Da sich auch bei fast jeder Statistik schnell abzeichnete, dass sich immer zumindest eine Stelle fand, die sich - aus zum Teil sehr

nachvollziehbaren Gründen - gegen deren Abschaffung stellt, wurde der Schwerpunkt der Arbeitsgruppe auf das Thema Registermodernisierung gelegt.

Sogar der Normenkontrollrat war voll des Lobes für das Unternehmensdatenregistergesetz. Allerdings hat das Gremium auch auf einen wunden Punkt hingewiesen: die mangelnde Verbindlichkeit. Wir haben also noch einmal mit allen Beteiligten, Vertretern aus dem Wirtschafts- und Finanzministerium sowie dem Statistischen Bundesamt ausgelotet, wie wir auf ein Mehr an Verbindlichkeit hinwirken können. Das haben wir in Form eines Entschließungsantrags getan. Ein ganz wichtiger Punkt ist dabei vor allem die Finanzierung über das Jahr 2022 hinaus. Bislang ist die Finanzierung nämlich nur – dank der Mittel aus dem Konjunkturpaket – für die Jahre 2021/2022 sichergestellt. Welche Mittel wir für die Finanzierung des Gesamtvorhabens ab 2023 brauchen, soll dann im ersten Quartal 2022 geklärt werden. Gegen Ende des Jahres müssen dann verschiedene Rechtsverordnungen verabschiedet werden, damit das Unternehmensbasisregister auch arbeitsfähig wird. Jetzt geht es erst einmal um die Test- und Erprobungsphase. Der Startschuss für den Echtbetrieb des Basisregisters soll im 1. Quartal 2024 erfolgen.“



## Pressemitteilung des Berliner Kreises in der Union

08.06.2021

### Gratulation an Reiner Haseloff und die CDU Sachsen-Anhalt

Die CDU hat mit ihrem amtierenden Ministerpräsidenten Reiner Haseloff bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 06. Juni 2021 ein unerwartet gutes Ergebnis eingefahren. Bis auf einen einzigen Wahlkreis gingen sämtliche Direktmandate an die CDU. Mit über 37 Prozent der Zweitstimmen wurde die CDU Sachsen-Anhalt mit einem klaren Abstand von 16 Prozent stärkste Kraft. Diesen Erfolg verdankt der Landesverband wesentlich der Glaubwürdigkeit und Kompetenz des Ministerpräsidenten Reiner Haseloff. Ihm gelang es mit klarem Kurs die klassischen CDU-Themen zu setzen. Mit der eindeutigen Abgrenzung gegen rechts und links konnten Haseloff und die CDU Sachsen-Anhalt zeigen, dass die Mehrheit der Menschen für eine bürgerliche Politik zu gewinnen ist. Das zeigt, dass mit klassischen CDU-Themen Wahlerfolge jenseits der 35%-Marke möglich sind.

Die CDU in Sachsen-Anhalt hat vorgemacht, wie die Union als Volkspartei auch 2021 deutlich und klar Wahlen gewinnen kann, gerade wenn sie Themen setzt und Probleme benennt.

Wir gratulieren den Parteifreunden sehr herzlich und freuen uns, dass die Union ihre erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre in Sachsen-Anhalt mit breiter Unterstützung in der Bevölkerung fortsetzen kann.

Der Berliner Kreis ist ein Netzwerk von konservativen Abgeordneten und Mandatsträgern in der Union.  
<http://berliner-kreis.info>



## Pressemitteilung des Berliner Kreises in der Union

08.06.2021

**Kinder sind Grundrechtsträger und Elternrechte bleiben geschützt - die gewünschte Grundrechtsänderung hätte nur Elternrechte eingeschränkt.**

Kinder sind Grundrechtsträger und durch unser Grundgesetz mit allen Rechten ausgestattet und geschützt. Das Vorhaben der Bundesregierung, spezielle "Kinderrechte" im Grundgesetz festzuschreiben, hilft Kindern bei der Umsetzung ihrer bereits bestehenden Rechte nicht, sondern stellt vielmehr eine Gefährdung der Elternrechte dar. Laut der Justizministerin wird es jetzt keine Grundgesetzänderung geben, zumal die CDU/CSU bei ihrer Auffassung blieb, Eltern in ihren Rechten nicht einzuschränken. Worum es uns gehen muss, ist die konkrete Umsetzung und beständige Wahrung von Kinderrechten vor Ort. Ein Eingreifen staatlicher Behörden bei Vergehen gegen den Kinderschutz oder Beeinträchtigung des Kindeswohls ist vor Ort zu stärken. Im Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder ist jetzt eine spezifische Qualifikationsanforderung an Familienrichterinnen und -richter festgeschrieben. Gleiches gilt für die für Beschwerden gegen Entscheidungen des Familiengerichts zuständigen Richterinnen und Richter der Oberlandesgerichte. Die Gefährdung des Kindeswohls und die richtige Anhörung von Kindern vor Gericht bestehen also und müssen umgesetzt werden. Auf allen Ebenen unseres Staates können und müssen sich staatliche Stellen für die Rechte der Kinder einsetzen, ob beim Bund, den Landesbehörden und den Kommunen. Der rechtliche Rahmen besteht, die Instrumente stehen zur Verfügung und die Umsetzung gebietet das Grundgesetz. Statt unsere Verfassung zu verändern, sollten wir lieber konkret alle Maßnahmen ergreifen, um Kinder, Eltern und Familien zu schützen und zu stärken.



# Positionspapier des Berliner Kreises: Familie - Ein Grundpfeiler unserer Politik

## Verlässliche Familienpolitik

Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Eine verlässliche und gute Familienpolitik muss verschiedenen Lebensentwürfen, insbesondere von Familien mit Kindern, gerecht werden. Vor allem aber muss den Eltern eines Kindes die Wahlfreiheit darüber gewährleistet werden, wie sie ihr Kind erziehen wollen. Das ist unser Auftrag aus Artikel 6 Grundgesetz:

*Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*

## Was uns leitet: Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung

Als Christdemokraten leitet uns seit jeher das Ziel, eine familienfreundliche Gesellschaft zu sein und sie zu stärken. Bereits im Dezember 1999 hat der Bundesausschuss der CDU Deutschlands das Papier „Lust auf Familie – Lust auf Verantwortung“ verabschiedet. Der Beschluss setzte familienpolitische Maßstäbe, die uns fast 20 Jahre begleitet haben. Das Papier sprach schon damals die wichtigen Themen an: Der Wandel der Lebenswirklichkeiten für Familien, unsere Leitideen für eine moderne Familienpolitik und unsere Politik für die Zukunft der Familie sind nach wie vor aktuell. Dank unserer familienpolitischen Leitlinien hat die CDU/CSU in den letzten Jahrzehnten die finanzielle Situation für Familien verbessert und die Betreuungs- und Erziehungsangebote für Kinder flächendeckend erweitert. Um eine gute frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sicherzustellen, hat der Bund mit massiven Finanzhilfen die Länder beim KiTa-Ausbau und bei den Betreuungsangeboten im Ganztage unterstützt.

## Was wir fordern: Flexible Lösungen – Familien- oder Erwerbsarbeit sind gleichwertig zu behandeln

Erwerbsarbeit und Familienarbeit sollten nicht bewertend gegenüber gestellt werden. Für uns sind Familienarbeit und Erwerbsarbeit gleichwertig. Wir wissen, dass es nicht einfach ist, zwischen Familien- und Erwerbsarbeit völlig frei zu wählen. Dabei darf die Pflege und Betreuung der eigenen Familienangehörigen oder Kinder in der Gesellschaft nicht minder angesehen werden. Beide Arbeitsbereiche nach eigenen Wünschen und Vorstellungen miteinander zu vereinbaren, ist nicht immer möglich, aber das ist die Aufgabe unserer Politik. Wir sollten die Wahlmöglichkeiten schrittweise erweitern, indem möglichst viele flexible Lösungen angeboten werden. (Vgl. Lust auf Familie, III. 20.) Vieles haben wir bereits umgesetzt, etwa das Elterngeld oder den Ausbau der Infrastruktur für den KiTa-Ausbau, den unsere Bundesfamilienministerin Kristina Schröder angestoßen hat.

## Unsere Vorschläge für die Zukunft:

### Mehr Wahlfreiheit und Eigenverantwortung

Als Christdemokraten stehen wir für Wahlfreiheit und Eigenverantwortung der Menschen für ihr Leben. Gerade bei der Betreuung ihrer Kinder sollte das Ausspielen der elterlichen gegen die staatliche Betreuung, besonders in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes, der Vergangenheit angehören. Während der Corona-Krise, in den Zeiten des Lockdowns und der Kita- und Schulschließungen wurde offenkundig, welche große Bedeutung die Erziehungsarbeit der Eltern für unsere Gesellschaft hat. Der

Staat hätte die Arbeit der Eltern nicht ersetzen können.

### Familienpakt: Erweiterung des Elterngeldes für Eltern von Kleinkindern

Wir wissen, dass die ersten drei Lebensjahre für unsere Kinder entscheidend sind. Sie beeinflussen die Entwicklung, sowie deren langfristige Lebenszufriedenheit und Gesundheit bis ins hohe Lebensalter enorm. Unsere Familienpolitik sollte jüngeren Eltern Sicherheit, Wahlfreiheit und Informationen für ihre Elternschaft bieten. Die frühkindliche Bindung der Kinder an die Eltern braucht Zeit. Um Eltern Möglichkeiten zu schaffen, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren, haben wir die Betreuungsangebote für Kinder jeden Alters ausgebaut. Jetzt fehlt eine adäquate Möglichkeit der Betreuung in den ersten drei Jahren für die Eltern selbst.

Mit der Erweiterung des Elterngeldes sollten wir nun Eltern der unter Dreijährigen ermöglichen, ohne finanzielles Risiko, ihre Kinder zu Hause selbst zu betreuen und damit auch deren Arbeitsleistung anerkennen. Wir wollen Familien nicht vorschreiben, welches Familienmodell sie in welcher Lebensphase leben sollen. Wir wollen Familien Wahlmöglichkeiten, Qualifizierungen und finanzielle Absicherungen bieten, damit unsere Familien zufrieden und stressfrei leben können.

Nach dem Ausbau von KiTa-Plätzen auch für unter Dreijährige sollten Eltern Gleichbehandlung erfahren, wenn sie sich für keine staatliche Betreuung ihres Kindes in den ersten drei Jahren entscheiden. Deshalb sollten sie durch ein festes Elterngeld, das zu einer Gleichbehandlung zu den Kosten einer staatlichen Betreuung führt, finanziell abgesichert werden. Verschiedene Berechnungen der

Kommunen sagen uns, dass ein KiTa-Platz derzeit etwa 1.500 Euro pro Monat kostet. Der Vorschlag des „Familienpaktes“ zur Erweiterung des Elterngeldes orientiert sich an dieser monatlichen Summe.

### Familienpolitik nach Corona – Kinder und Familien zuerst

Familien, Kinder und Jugendliche leiden besonders unter den Folgen der geschlossenen Schulen und Kindertagesstätten sowie des seit Monaten reduzierten Sozialkontakts. Bildungsexperten erwarten, dass sich der fehlende Unterricht negativ auf das Bildungs- und Leistungsniveau der Kinder auswirkt.

Für den Fall einer abermaligen starken Zunahme des Infektionsgeschehens im weiteren Verlauf der Pandemie sollen Schulen aus einer „Notbremsen“-Regelung ausgenommen werden. Insbesondere dürfen auf sie keine ausschließlich pauschalen Inzidenzschwellenwerte angewendet werden (Vgl. Positionspapier der AG Familie: Strategie für einen nachhaltigen Schutz in Zeiten von und nach Corona, S.2).

Die Impfung und der Schutz unserer Kinder dürfen sich dabei nicht an politischen Wunschvorstellungen orientieren, sondern an den Vorgaben und Analysen der Wissenschaft, hier der Ständigen Impfkommision (STIKO). Ein tragendes Hygienekonzept für jede Schule, einschließlich des Transports zur Schule, sollte dabei vorbereitet werden.

### Gewalt gegen Frauen bekämpfen – mit den Bundesländern

Gewalt gegen Frauen ist auf allen Ebenen zu bekämpfen und alle Ebenen haben etwas dazu beigetragen, sich besser zu vernetzen und die Situation für die betroffenen Frauen mit ihren Kindern auch barrierefrei zu verbessern. Am Runden Tisch „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ haben sowohl Vertreter des Bundes, als auch der Länder miteinander über den Gewaltschutz von Frauen beraten. Der jährliche Bundeszuschuss

von 30 Millionen Euro ist eine wichtige Finanzierungsunterstützung zur gemeinsamen Bekämpfung gegen Gewalt an Frauen. Deshalb sollte dieser Runde Tisch auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden.

### Gendersprache ist keine Hilfe bzw. Fortschritt für eine erfolgreiche Gleichberechtigungspolitik

Viele Menschen haben lange nicht das Ausmaß der Ideologisierung durch Gender Mainstreaming realisiert. Die Verkomplizierung und Ungenauigkeit unserer Sprache sind immens wie auch die damit in Verbindung stehenden Kosten. Frauen zeigen in allen Berufen ihr Können und brauchen keine Scheingefechte. Wir sind für gleiches Geld, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten und Anerkennung ihrer Arbeit. Jedem ist heutzutage klar, dass Männer und Frauen gleich viel können – und Wert sind in ihrer Unterschiedlichkeit. Selbstredend ergibt es Sinn, in bestimmten Bereichen wie zum Beispiel der Medizin oder dem Arbeitsrecht (Beispiel: Mutterschutz) auf Besonderheiten der Geschlechter zu achten oder zu forschen. Die immensen Kosten, die die Verfechter der ideologisch motivierten Gendermainstreaming-Bewegung veranlassen und immer neue Finanztransfers einfordern, sind mehr als überflüssig. Gender Mainstreaming bringt Frauen weder eine wirkliche finanzielle Vergütung noch eine andere gesellschaftliche Akzeptanz. Auch bei den Verteilungskämpfen um Geld und Macht ergeben sich für Frauen kaum Verbesserungen durch Veränderungen unserer Sprache. Angesichts aktuell in der Corona-Krise drastisch sinkender Steuereinnahmen und einer massiv steigenden öffentlichen Verschuldung ist eine Überprüfung aller staatlichen Ausgaben hingegen angebracht.

Die Genderforschung bezahlt der deutsche Steuerzahler mit viel Geld. Allein Gehälter, Ausstattung der 200 Professuren für gendergerechte Forschung in Deutschland dürften circa 50 Millionen Euro verschlingen. Hinzu kommen viele „Forschungsvorhaben“. Wir müssen prüfen, was wir uns noch leisten können und wollen.

### Baukindergeld verlängern - attraktive Finanzierungsmodelle für Familien

Es ist uns seit jeher ein besonderes Anliegen, jungen Familien den Traum von den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Die Einführung des Baukindergeldes war erfolgreich und muss fortgesetzt werden. Wir brauchen attraktive Finanzierungsmodelle, um dem Wohnraumangel in dichten Großstädten entgegenzuwirken. Deshalb sollten wir das Baukindergeld verlängern. Auch sollten wir beim Ersterwerb einer Immobilie die Grunderwerbssteuer reduzieren oder streichen und im Bund durch eine Öffnungsklausel den Ländern diese Option ermöglichen. Neben anderen Absicherungen für das Alter ist die Eigentumsförderung einer Immobilie auch eine Förderung für das Alter.

===

### Quellen:

*Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands Berlin: Lust auf Familie Lust auf Verantwortung, 13. Dezember 1999*

*Positionspapier der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Strategie für einen nachhaltigen Schutz und das Durchstarten von Kindern und Jugendlichen in Zeiten von und nach Corona, 2021.*

## DARUM HABEN WIR DEN BERLINER KREIS IN DER UNION GEGRÜNDET

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen und gesellschaftlicher Umbrüche. Die Menschen erwarten von der Politik klare Antworten, Orientierung und Führung. Konturlosigkeit und Relativismus gibt es genug. Wenn wir als Union eine starke politische Kraft bleiben wollen, darf nicht der Zeitgeist unser Handeln bestimmen. Wir müssen uns wieder auf unsere Grundüberzeugungen besinnen. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen zu verdeutlichen, dass die kulturellen Errungenschaften und das christliche Wertefundament unabhängig von „konjunkturellen“ Schwankungen und gesellschaftlichen Trends Geltung behalten und Richtschnur bleiben müssen. Unser Anliegen ist es, dass unsere Überzeugungen nicht verblasen.

Wir wollen einen Beitrag zur Selbstvergewisserung und Bestimmung wertkonservativer Überzeugungen in der Moderne leisten. Deshalb organisieren wir uns als Berliner Kreis in der Union. Der Berliner Kreis hat sich zunächst als Gesprächszirkel aus Mandatsträgern der Unionsparteien auf Bundes- und Landesebene etabliert. Er versteht sich als eine offene Diskussionsrunde innerhalb der Union. Ziel ist es, dass die konservativen, die christlich-sozialen und die liberalen Wurzeln der Unionsparteien besser als bisher erkennbar und im politischen Alltag umgesetzt werden. Eine Welle von Rückmeldungen in der Gründungsphase des Berliner Kreises zeigen, dass die Union nicht zuletzt im Bild ihrer Stammwähler als zu beliebig und zu wenig unterscheidbar von der politischen Konkurrenz wahrgenommen wird.

Wir laden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger, die sich den Grundüberzeugungen der Union verpflichtet fühlen und an einem klaren Profil unserer Parteien interessiert sind, herzlich ein, sich in der Union zu engagieren. Die Union hat sich seit ihrer Gründung immer wieder erneuert, gesellschaftliche Entwicklungen aufgenommen und gestaltet. Dies findet unter anderem seinen Niederschlag in den regelmäßig fortgeschriebenen Grundsatzprogrammen. Eine sichere Zukunft in Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt sind die dauerhaften Ziele der Union. Das bedeutet für uns aber auch, das Neue nur dann an die Stelle des Alten zu setzen, wenn es besser ist als das Bestehende: „Neu“ allein heißt nicht zwingend „besser“. Wir wollen nicht die Grundsätze aus dem Auge verlieren, die sich bewährt haben und uns Menschen vorgegeben sind. Die Union muss die große Volkspartei der Mitte bleiben. Wertkonservative, christlich-soziale und wirtschaftsliberale Wähler müssen

gerade in der Union ihre Heimat sehen. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass die größte „Partei“ inzwischen die Gruppe der Nichtwähler ist. Wir wollen unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden.

Unterschiede in den Meinungen und Interessen müssen offen und in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden. Der Berliner Kreis versteht sich als Initiator einer Debatte, die Ideen und Zielvorstellungen entwickelt, wie wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Dabei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns steht. Der Einzelne hat genauso einen Anspruch auf größtmögliche Freiheit zur Entfaltung eigener Talente, wie er die Gewissheit haben muss, dass im Notfall die Gemeinschaft für ihn da ist. Innerhalb eines Ordnungsrahmens, den der Staat zu setzen hat, finden Bürgerinnen und Bürger Freiraum, um sich in der Verantwortung für das Gemeinwesen zu entfalten und in Freiheit am Markt zu agieren. Um dies zu erreichen, muss die Union in zukünftigen Wahlen selbstbewusst zu ihren Werten stehen, ihre eigenen Anhänger mobilisieren und die Unterschiede zu anderen Parteien deutlich machen. Eine „asymmetrische Wählerdemobilisierung“ führt nicht zum Ziel. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in allen Grundsatzfragen sind der Schlüssel zum Erfolg. Als Berliner Kreis wollen wir unmissverständlich sagen, wofür die Union steht und was mit der Union nicht zu machen ist. Wir rufen alle, die ein klares Profil der Union wünschen, dazu auf, sich zu beteiligen. <http://berliner-kreis.info/>

Verantwortlicher gemäß § 5 TMG:  
Berliner Kreis in der Union e. V.  
vertreten durch  
Sylvia Pantel, MdB;  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin und  
Dr. Christean Wagner

Sie wünschen  
regelmäßige  
Informationen?  
Schreiben Sie eine Mail  
an: [kontakt@berliner-kreis.info](mailto:kontakt@berliner-kreis.info)



*Christean Wagner, Initiator des Berliner Kreises*



*Sylvia Pantel, Co-Sprecherin des Berliner Kreises*



*Klaus-Peter Willsch, Co-Sprecher des Berliner Kreises*



Vorsitzender: Dr. Christean Wagner  
Sprecher: Sylvia Pantel MdB, Klaus-Peter Willsch MdB  
Email: [kontakt@berliner-kreis.info](mailto:kontakt@berliner-kreis.info)